



Peter HILPOLD/Norbert TEMPL | April 2021

JUST TRANSITION – FÜR EINEN GERECHTEN ÜBERGANG IN EINE KLIMANEUTRALE WIRTSCHAFT

Mit dem Grünen Deal [↗] soll Europa bis 2050 der weltweit erste klimaneutrale Kontinent werden. Das erfordert einen grundlegenden Wandel unseres Wirtschaftssystems. Die AK kämpft dafür, dass dieser Übergang zur Klimaneutralität sozial gerecht gestaltet wird und nicht zu Lasten der ArbeitnehmerInnen geht. Im Kern geht es um die gewerkschaftliche Forderung nach einer „Just Transition“ – einem sozial gerechten Übergang.

Warum brauchen wir eine „Just Transition“?

Die Auswirkungen der vom Menschen gemachten Klimakrise werden weltweit immer stärker spürbar, z.B. durch Hitzewellen, Dürren oder Überschwemmungen [↗]. Bereits zwei Drittel der Menschen [↗] sehen die aktuelle Klimakrise als globalen Notfall. Außer Frage steht, dass diese Krise nur durch einen Strukturwandel hin zu einer nachhaltigen, CO₂-neutralen Wirtschaftsweise bewältigt werden kann. CO₂-Neutralität bedeutet, dass bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen kein CO₂ mehr ausgestoßen wird bzw. unvermeidliche Emissionen ausgeglichen werden, z.B. durch Aufforstungen.

Dieser notwendige Strukturwandel betrifft die Interessen aller Beschäftigten, ganz besonders aber jene, die in emissionsintensiven Branchen tätig sind. Häufig genannt werden hier die Energiewirtschaft und der Kohlebergbau, aber auch viele weitere Sektoren sind unmittelbar betroffen. Beispielsweise wird durch die ständig wachsenden Emissionen im Verkehrssektor die „Dekarbonisierung“ der Mobilität immer drängender. Dadurch wird auch in der Autoindustrie und der damit verbundenen Wertschöpfungskette (u.a. Handel, Reparatur & Wartung) ein umfassender Strukturwandel ausgelöst. **Unser Leitmotiv „Just Transition“** (auf Deutsch „gerechter Übergang“) heißt, Beschäftigte im Zuge dieses Wandels zu unterstützen, vor dessen negativen Auswirkungen zu schützen – und sie und ihre Interessenvertretungen umfassend in die Gestaltung des Wandels einzubinden. **Nicht gegen uns, sondern nur mit uns kann der Strukturwandel gelingen.**

Die Position der EU zur „Just Transition“

Die EU-Kommission kommt selbst zum Schluss: Der Übergang in ein klimaneutrales Europa kann nur gelingen, wenn er fair erfolgt und alle betroffenen Bevölkerungsgruppen einbindet. Um diese „Just Transition“ zu finanzieren, schlägt sie unter anderem einen „Mechanismus für einen gerechten Übergang“ [↗] vor, der Investitionen im Ausmaß von insgesamt 100 Mrd. Euro im Zeit-

Der Just-Transition-Fonds (JTF) [↗] im Detail

Der JTF ist ein wichtiger Bestandteil der Strategie der EU-Kommission, um die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu bewältigen. Die Gelder sollen u.a. nach Vorgabe der EU für folgende Bereiche zur Verfügung stehen:

- **Höherqualifizierung** und Umschulung von ArbeitnehmerInnen und Arbeitssuchenden
- Hilfestellung bei der **Jobsuche**
- Projekte zur **Digitalisierung**
- Erschwingliche **saubere Energie**
- **Dekarbonisierung** des Nahverkehrs
- **Investitionen in Unternehmen**, einschließlich Start-ups
- **Forschung und Innovation**, auch über Hochschulen und öffentliche Forschungseinrichtungen

Die AK unterstützt die Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang. Der darin verankerte Fokus muss jedoch auf alle Regionen ausgeweitet werden. Außerdem sind die von der EU bereitgestellten Mittel angesichts der massiven Herausforderung nicht ausreichend.

Impressum

Herausgeberin und MedieninhaberIn Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, Telefon +43 1 501 650 · **Offenlegung gem § 25 des Mediengesetzes** siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum · **Zulassungsnummer** AK Wien 02Z34648 M · **Redaktion** Sarah Bruckner, Frank Ey, Lukas Oberndorfer, Oliver Prausmüller, Henrike Schaum, Norbert Templ, Valentin Wedl · **Grafik** Julia Stern · **Verlags- und Herstellungsort** Wien · **Blattlinie** Die Meinungen der AutorInnen · **Kostenlose Bestellung** unter <http://wien.arbeiterkammer.at/>

raum 2021-2027 über verschiedene EU-Fonds mobilisieren soll. Damit sollen Regionen und Menschen bei der Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft unterstützt werden. Im Fokus stehen jene Regionen und Sektoren, die aufgrund ihrer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen oder treibhausgasintensiven Prozessen am stärksten vom Übergang betroffen sind. Wichtiger Bestandteil dieses Mechanismus ist der neu geschaffene **Just-Transition-Fonds** (JTF) in **Höhe von 17,5 Mrd. Euro für die Jahre 2021-2027**. Österreich stehen davon 124 Mio. Euro zu (siehe Kasten S.1).

Die AK stellt folgende Forderungen für eine „Just Transition“

Für die AK ist „Just Transition“ die entscheidende Formel für einen sozial gerechten Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft. Überall dort, wo durch Dekarbonisierung ein Strukturwandel stattfindet, braucht es Maßnahmen, damit niemand unter den Folgen leidet. Erforderlich ist ein Zusammenspiel unterschiedlicher Politikbereiche wie Industrie-, Technologie-, Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs-, Sozial- und Bildungspolitik. **Vor allem müssen immer auch Verteilungsfragen mitberücksichtigt werden.**



Maßnahme 1 Einbindung in nachhaltige Wirtschaftsketten

Jene Branchen, die vom Strukturwandel und der Dekarbonisierung besonders stark betroffen sind, brauchen eine konkrete Veränderungsperspektive und Visionen für eine nachhaltige Neuaufstellung. Erforderlich ist daher eine aktive Wirtschafts-, Regional- und Industriepolitik, die auf eine Einbindung unserer Wirtschaft in nachhaltigere Wertschöpfungsketten abzielt (z.B. Batteriezellenfertigung, Wasserstoffinfrastruktur).



Maßnahme 2 Um- und Weiterbildungs- maßnahmen

ArbeitnehmerInnen, die ihre Arbeitsplätze verlieren oder deren Arbeitsplätze gefährdet sind, muss der Umstieg in andere Tätigkeitsfelder ermöglicht werden. Dazu braucht es nicht nur konkrete Um- bzw. Weiterbildungsprojekte. In Phasen einer beruflichen Um- oder Neuorientierung muss auch ein gutes Einkommen gesichert sein. Dazu gibt es unterschiedliche Instrumente, von Arbeitsstiftungen und geförderter Erwachsenenbildung bis hin zu „Berufswanderkarten“, die den Beschäftigten branchenspezifisch Orientierung bieten.



Maßnahme 3 Starke Fundamente der Daseinsvorsorge geben Sicherheit

Es braucht eine massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen, u.a. in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, in die Energieversorgung, aber auch soziale Infrastruktur wie Wohnbau, Bildung, Kinderbetreuung und Elementarbildung, Gesundheits- und Pflegesystem. Gerade in diesen Bereichen gibt es auch hohe Beschäftigungspotenziale.



Maßnahme 4 Stärkung sozialer Sicherungssysteme

Der Strukturwandel betrifft alle, aber nicht alle gleich. Die sozialen Sicherungssysteme leisten einen wesentlichen Beitrag, dass niemand zurückgelassen wird. Sie müssen entsprechend finanziert werden.



Maßnahme 5 Energiearmut wirksam bekämpfen

Einkommensschwache Haushalte müssen auf dem Weg in eine klimafreundliche Zukunft besonders unterstützt werden.



Maßnahme 6 Ökologisierung der Steuerpolitik

Der Steuerpolitik kommt eine wichtige und doppelte Rolle zu: Sie muss einerseits die Entwicklung mitsteuern und andererseits für ein finanziell ausreichendes Fundament sorgen. Eine Ökologisierung des Steuersystems muss so gestaltet werden, dass sich diese nicht zulasten der BezieherInnen niedriger und mittlerer Einkommen auswirkt.



Maßnahme 7 Einbindung der Sozialpartner und der Bevölkerung ist elementar

Insbesondere sind die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen (Betriebsräte, Gewerkschaften und Arbeiterkammern) in die Gestaltung des Strukturwandels aktiv einzubinden. Nur so kann er gerecht werden und nur so wird er gelingen.

Keine Ausreden, kein Aufschieben!

Die Pandemie und die damit einhergehende historische Wirtschaftskrise dürfen nicht als Begründung herangezogen werden, dass Gelder fehlen, um eine „Just Transition“ zu gewährleisten oder um die Umsetzung des Grünen Deals auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Vielmehr zeigt sie die Notwendigkeit, den Umbau der Wirtschaft und damit unserer Gesellschaft jetzt nachhaltig und fair zu gestalten.